

Alles zu verlieren, keine Stimme

Können, ja müssen Eltern und Großeltern im Sinne ihrer Kinder und Enkel:innen wählen? Oder wie sichert man sonst deren Teilhabe?



Auf die Straße gehen ja, Wählen nein: Fridays-for-Future-Protest in Berlin im November 2019

Foto: Müller-Stauffenberg/imagio

BERLIN taz | „Was wünschst du mir für meine Zukunft?“ Diese Frage, sagt Anne Risse, sei ein guter Einstieg in das Gespräch mit ihrer Mutter gewesen. **Anne Risse ist Jahrgang 1998, ihre Mutter 1960 geboren.** Politisch seien ihre Eltern schon immer gewesen, sagt die Studentin, aber nicht unbedingt interessiert an Umwelt- und Klimaschutz. Also hat sich die Fridays-for-Future-Aktivistin und Greenpeace-Praktikantin von ihrem zeitweiligen Arbeitsplatz ein Kartenspiel mitgenommen, Name: „Der Generationendialog“.

Die Sozialwissenschaftlerin und Campagnerin Gianna Martini hat sich dieses Spiel ausgedacht. Greenpeace hat es nicht nur auf Anfrage verschickt, sondern ist damit auch durch 50 deutsche Städte getourt. Das Wichtigste dabei sei gewesen, sich gegenseitig zuzuhören, deutlich zu machen: „Das interessiert mich, was du zu sagen hast“, sagt Martini. Auch für die meinungsstarken Mitarbeiter:innen von Greenpeace sei die Idee neu gewesen: „Normalerweise hören wir ja nicht zu, sondern stellen Forderungen.“ Aber es sei eben ein Unterschied, ob man mit den Eltern oder Großeltern spreche **oder mit einem Ölkonzern.**

Anzeige

Nicht nur Greenpeace hat sich in diesem Wahlkampf intensiv damit auseinandergesetzt, dass die vom Thema Klimawandel besonders betroffenen Jahrgänge deutlich weniger Wähler:innen stellen als die älteren. 14,4 Prozent der Wahlberechtigten sind unter 30 Jahre alt, 38,3 Prozent über 60. Der Youtuber Rezo hat deswegen in seinem **„Zerstörer-Video“** vor allem die Älteren beschworen, sie sollten bitte die Interessen der Jungen an mehr Klimaschutz wahrnehmen. Die Initiativen Fridays for Future und German Zero sind Partner der „Enkelkinderbriefe“, in denen Kinder sich mit Satzbausteinen an ihre Großeltern wenden können. Die Idee dahinter: „Mit dem Brief-Generator findest du die richtigen Argumente, um deine Großeltern um ihre Stimme zu bitten“ – so die Website.

Die Umsetzung der Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien bringe Deutschland derzeit nicht auf die 1,5-Grad-Linie, stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst fest, am nächsten kommen ihr nach der DIW-Analyse die Grünen. Wer also intensiv zu einer „Klimawahl“ aufruft – der wirbt indirekt für Baerbock und Co. Ist das ein legitimes Anliegen der Jüngeren oder schäbiger Agitprop?

Die Sorgen der Kinder

Der Enkeltrick sei „ein bewährtes Instrument aus dem Baukasten totalitärer Regime“, befand der Autor Alexander Grau in der konservativen Zeitschrift *Cicero*, und auch *Zeit Online* regte sich auf über die Aktion: „Kinder müssen gar nichts, schon gar nicht in einen politischen Dialog mit ihren Großeltern treten“, befand das Medium, es sei Zeit, die „Jüngsten der Gesellschaft einfach mal in Ruhe zu lassen“.

Daniel Grein schnappt am Telefon hörbar nach Luft. „So kann nur reden, wer glaubt, dass Kinder keine Sorgen haben“, sagt der Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes, „sie haben aber Sorgen.“ Kinderarmut sei ein gravierendes Problem. „Soll ich den betroffenen Kindern sagen, wartet mal 20 Jahre, dann seid ihr groß und könnt das angehen?“, fragt Grein. Mit dem Klimawandel sei es das Gleiche. „**Das betrifft die Kinder und Jugendlichen**, und sie haben keine Möglichkeit, politisch etwas dagegen zu tun.“

Anzeige

Max Schulte befasst sich am Institut für Politikwissenschaften der Universität Münster mit sozialen Bewegungen. Die Erzählung von der Klimakrise als einem übergroßen Problem, die Idee, „wir müssen etwas machen, sonst gehen wir unter“, sei nicht neu, sagt Schulte. **Auch die Umwelt- und Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre kannte diese Erzählung als Angst vor einem Atomkrieg oder einem atomaren Unfall.** „Das birgt immer die Gefahr, ein Problem als absolut zu setzen und es gegen andere auszuspielen, etwa Klima- gegen Sozialpolitik“, sagt Schulte. Darum sei es ein großer Fortschritt in der Debatte, dass das Thema Klimagerechtigkeit bei Fridays for Future und auch in der Umweltbewegung insgesamt stärker geworden sei.

Wie misst sich Erfolg?

Mit seinen Studierenden hat der 40-jährige Sozialwissenschaftler die jungen Klimademonstrant:innen interviewt und sie nach ihrer Motivation gefragt. „Vor allem sind sie empört“, sagt Schulte, „weil sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel sehen und finden, da muss man doch was machen.“ Das Moment des „Wie könnt ihr das nur ignorieren“ sei ganz stark.

Der Einfluss der Jugendlichen, die zum Klimastreik gingen, bemesse sich auch daraus, wie sie auf andere Personengruppen wirkten. „Sie haben dem Thema Klimaschutz in der Gesamtbevölkerung eine neue Bedeutung verliehen“, sagt Schulte, „Erfolg bemisst sich ja nicht nur daran, ob eine soziale Bewegung die politische Programmatik von Parteien beeinflusst oder ob ihre Mitglieder Einzug in die Parlamente halten.“

Das sieht Daniel Grein vom Kinderschutzbund ganz anders. „Die Kinder und Jugendlichen haben in den vergangenen Jahren ausführlich von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht“, sagt er. Wenn das irgendjemand in Parlament oder Regierung ernst nehmen würde, „sähe die Politik doch anders aus, oder?“, fragt er.

Am Ende sei es eben doch entscheidend, wer im Parlament sitze und in der Regierung die Entscheidungen treffe. Daher müsse das Wahlalter abgesenkt werden auf 14 Jahre. In diesem Alter würden die Jugendlichen religionsmündig, „darauf können sich viele einigen“, sagt Grein. Außerdem gehörten Kinderrechte ins Grundgesetz. „Man sieht ja, was das Staatsziel Umweltschutz bewirken konnte“, sagt Grein.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung dazu verurteilt, ihre Klimaschutzgesetzgebung zu verschärfen. Es begründete seine Entscheidung mit der in der Verfassung festgeschriebenen Pflicht, die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu sichern. „Hätten auch Kinderrechte Verfassungsrang“, sagt Grein, „könnte das eine ähnliche Wucht entfalten.“ SPD, Grüne und Linkspartei seien dafür, Kinderrechte so festzuschreiben, CDU und FDP würden das Thema in ihren Wahlprogrammen nicht explizit erwähnen, die AfD sei dagegen.

Wo sie Einfluss nehmen können

Es gehe darum, den Jugendlichen die Möglichkeit zu politischer Teilhabe zu geben und ihnen zu zeigen, wo überall sie Einfluss nehmen können, sagt Oliver Wagner. Wagner ist Co-Leiter des Forschungsbereichs Energiepolitik am Wuppertal Institut und leitet das Projekt Schools for Future. „Viele Gemeindeordnungen erlauben es Jugendlichen, Anträge an den Gemeinderat zu stellen“, sagt Wagner, „das wissen häufig weder die Schüler noch die Lehrer.“

Anzeige

Die Schulen hätten im Rahmen der politischen Bildung häufig nur den Bundestag, höchstens noch den Landtag im Blick. Doch auch auf der Ebene der Kommunen könnten Bürger:innen viel für den Klimaschutz erreichen. „Die

Jugendlichen sollten in die Gemeinderatssitzungen gehen“, sagt Wagner. Für ihre Interessen, glaubt der Vater zweier Töchter, müssten die Jugendlichen schon selbst eintreten. „Opa, gib mir deine Stimme?“ – ich glaube nicht, dass da viel bei rauskommt.“

Allerdings, wendet Schulte von der Uni Münster ein, wählen „Menschen ja nicht nur im Hinblick auf ihre eigene Betroffenheit“. Man könne reich sein und trotzdem Parteien wählen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, und genauso könne man auch alt sein und sich für Klimaschutz interessieren.

Jana Rosenbaum aus Osnabrück hat das Greenpeace-Kartenspiel mit ihren Großeltern gespielt. Je länger es gedauert habe, desto mehr Spaß habe es gemacht, sagt die 15-Jährige, „unsere Antworten sind immer länger geworden“. Ob Oma, Ende 50, und Opa, Mitte 60, nach dem Gespräch ihre Kreuzchen am Sonntag bei einer anderen Partei machen, hat sich die Enkelin nicht zu fragen getraut. Sie hoffe, dass es eine Partei ist, die „nachhaltige Politik macht und Klimaschutz ernst nimmt“, sagt Jana Rosenbaum. Aber eigentlich, sagt sie, hätte sie gerne selbst gewählt: „Warum muss ich andere überzeugen, für mich abzustimmen? Ich möchte selbst entscheiden, das ist meine Zukunft.“